



Suchergebnisse: Räumung

1. Oktober 1803 – Aufhebung des Zentralklosters der Augustiner

München-Kreuzviertel * Die Aufhebung des Zentralklosters der Augustiner wird vollzogen. Bis auf drei alte Patres übernimmt nun auch der Rest des Konvents seelsorgerische Aufgaben außerhalb des Ordens. Die Insassen des Augustiner-Klosters sollen umgehend die Gebäude verlassen. Weil die Augustiner in kein Aussterbekloster gebracht werden sondern Anstellungen als Weltgeistliche annehmen, müssen sie in der Stadt eine Unterkunft suchen. Dadurch verzögert sich die Räumung des Klosters bis Anfang November. Die Kirche wird in der Folge zur Mauthalle, zum Zollamt, umgebaut. Die dazu notwendigen Arbeiten werden umgehend begonnen. Das heimatlose Augustiner Christkindl findet Obhut bei den Barmherzigen Schwestern der heiligen Elisabeth, die die Tradition der weihnachtlichen Verehrung des Gnadenbildes in ihrer Spitalkirche an der heutigen Mathildenstraße fortsetzen.

1. Juli 1897 – Räumung der Kohleninsel für die II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung

München-Isarvorstadt * Zwischen dem Ausstellungs-Direktorium und den städtischen Behörden wird die totale Freigabe der Kohleninsel für die Zwecke der II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung ab 1. Juli 1897 erwirkt. Sämtliche auf dem Ausstellungsgelände vorhandenen Bauten müssen, mit Ausnahme der früheren Alten Isarkaserne, vor Beginn der Bauarbeiten beseitigt werden. Die vorhandenen Bäume sollen erhalten bleiben. Für die freibleibenden Plätze und neu angelegten Wege wird gärtnerische Ausschmückung angeordnet.

2. November 1916 – Räumung des Fort Vaux durch deutsche Truppen

Fort Vaux - Verdun * Räumung des Fort Vaux durch deutsche Truppen.

10. Januar 1917 – Die Entente-Mächte geben ihre Kriegsziele bekannt

Paris - London - Moskau * Die Entente-Mächte geben ihre Kriegsziele bekannt: Frankreich will die Zerschlagung des Deutschen Reichs und die Rückgabe von Elsaß-Lothringen. Großbritannien fordert die Einschränkung der weltpolitischen Stellung des Deutschen Reichs, die Aufteilung der deutschen Kolonien, die Zerstörung der Flotte und die Begrenzung des



Außenhandels. Zudem drängt Großbritannien auf die Wiederherstellung der Eigenständigkeit Belgiens, Serbiens und Montenegros. Russland fordert - neben der Räumung der besetzten Gebiete - die Wiedereingliederung Polens.

8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“. „Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, [...]“. „Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, [...]“. „Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“. „Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, [...]“. „Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, [...]“. „Belgien muss [...] geräumt und wiederhergestellt werden, [...]“. „Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. [...]“. „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“. „Den Völkern Österreich-Ungarns [...] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“. „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. [...]“. „Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. [...]“. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; [...]“. „Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“. Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

5. Oktober 1918 – Das vorläufige Mindestprogramm der USPD-Parteiführung



Berlin * Die USPD-Parteiführung hat konkrete Vorstellungen, welche Maßnahmen in der gegebenen, reichlich verfahrenen Lage ergriffen werden sollen. Außenpolitisch fordert sie die Räumung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete und die Abänderung der Diktatfriedensschlüsse im Osten. Innenpolitisch will sie die Amnestierung der politischen Gefangenen, Aufhebung des Belagerungszustandes, bürgerliche Freiheitsrechte, Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, demokratisches Wahlrecht in allen Bundesstaaten und die durchgreifende Parlamentarisierung der Verfassung. Diese Punkte werden dabei als vorläufiges Mindestprogramm verstanden.

12. Oktober 1918 – Die deutsche Reichsregierung will Wilsons Forderungen nachkommen

Berlin - Washington * Die deutsche Reichsregierung erklärt sich in ihrer Antwort auf das amerikanische Schreiben bereit, die 14 Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilson anzunehmen. Darunter befindet sich auch die Räumung der besetzten Gebiete. Besonders stellt die neue amtierende Regierung heraus, dass sie „durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags“ gebildet worden ist. „In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“

13. Dezember 1918 – Die Volksmarinedivision ist zu Verhandlungen bereit

Berlin * Die Führung der Volksmarinedivision ist bereit, mit der Stadtkommandantur über die Reduzierung der Mannschaftsstärke auf 600 Matrosen und die Räumung des Stadtschlusses und des Marstall zu verhandeln. Die Vereinbarung wird zunächst nicht umgesetzt, weil die Matrosen die Zusage wollen, dass die Entlassenen in die Republikanische Schutztruppe übernommen werden.

21. Dezember 1918 – Reichskanzler Ebert streicht der Volksmarinedivision den Lohn

Berlin * Weil aus Sicht der Regierung Ebert die Volksmarinedivision die Vereinbarung vom 13. Dezember zur Reduzierung der Mannschaftsstärke und der Räumung des Stadtschlusses und des Marstalls nicht nachgekommen ist, wird beschlossen, die an diesem Tag fällige Löhnung in Höhe von insgesamt 80.000 Mark „erst nach Räumung des Schlusses und der Herausgabe aller Schlüssel an die Stadtkommandantur“ zu zahlen.



1. Mai 1919 – Die Residenz wird kampflos geräumt

München-Graggenau * In der Nacht zum 1. Mai wird die Residenz von der „roten Besatzung“ kampflos geräumt.

18. August 1938 – Vertreibung der Juden aus arischen Wohnhäusern

Halle * Das Amtsgericht Halle fällt ein Urteil zur Vertreibung der Juden aus „arischen“ Wohnhäusern. Darin heißt es unter anderem: „Auch in der Hausgemeinschaft können eigennützige Interessen der einzelnen keinen Bestand haben. Eine wahre Hausgemeinschaft im Sinne dieses Denkens kann aber nur von gleichgesinnten, deutsch denkenden Personen und Hausbewohnern arischer Abstammung gebildet und gepflegt werden; sie ist mit Personen jüdischer Herkunft wegen des bestehenden Rassenunterschiedes schlechterdings unmöglich. Da der nationalsozialistische Staat aber auf das Bestehen und die Pflege einer wahren Hausgemeinschaft einen besonderen Wert legt und von jedem Volksgenossen diese Einstellung im Sinne der Hausgemeinschaft fordert, so kann dem Vermieter und den Mietern arischer Abstammung im Interesse der Erhaltung dieser Hausgemeinschaft nicht zugemutet werden, diese mit Mietern jüdischer Abstammung zu bilden und zu pflegen und mit diesen in derselben Hausgemeinschaft zu leben. Dem Vermieter muß deshalb das Recht zugesprochen werden, Mieter jüdischer Abstammung aus dieser Hausgemeinschaft auszuschließen und von diesen Räumung ihrer Wohnung zu fordern. Leistet ein solcher Mieter jüdischer Abstammung dem Räumungsverlangen des Vermieters keine Folge oder lehnen die Mieter arischer Abstammung eine Hausgemeinschaft mit ihnen ab, so stört er damit die zwischen dem Vermieter und den anderen Mietern arischer Abstammung bestehende Hausgemeinschaft und macht sich durch sein weiteres Wohnenbleiben diesen gegenüber einer erheblichen Belästigung im Sinn des § 2 Mieterschutzgesetz schuldig“.

9. März 1939 – Probleme bei der Finanzierung des Hauses der Deutschen Architektur

München-Lehel * In einer Vormerkung an Oberbürgermeister Fiehler wird neben den Problemen der Finanzierung des Hauses der Deutschen Architektur auch die Räumung der Wohnungen und Unterbringung der Mieter angesprochen. „Durch Zusammenlegung der Juden [Münchens] in insgesamt 800 Wohnungen würden 1000 Wohnungen frei“, lautet die Empfehlung für die Entmietung, die nach Anordnung Hitlers ohne Härte [!] vor sich gehen sollte.



Mai 1945 – Bei der Schutträumung haben die Verkehrswege Vorrang

München * Bei der Schutträumung haben die Verkehrswege Vorrang, sodass bereits erste Straßenbahnen ihren Betrieb wieder aufnehmen können. Die ersten Straßen werden von kriegsgefangenen deutschen Soldaten freigelegt. Diese werden unterstützt von NSDAP-Mitgliedern, die von den US-Besatzern zur Mitarbeit gezwungen werden. Ohne ihre Mithilfe bekommen sie keine Marken für Lebensmittel. Das Münchner Stadtarchiv zählt nicht mehr als 1.500 Menschen, die sich in nennenswertem Umfang am Schutträumen beteiligt haben. Davon waren etwa 1.300 Männer und 200 Frauen. Von diesen waren wiederum 90 Prozent zuvor in nationalsozialistischen Organisationen tätig gewesen.

14. Juli 1945 – Protest gegen Soldateneinsatz zur Trümmerbeseitigung

München • In einer Leserzuschrift empört sich Alfred Schwingenstein darüber, dass bei den Trümmerbeseitigungen kriegsgefangene deutsche Soldaten eingesetzt werden, während heute noch ehemalige NSDAP-Parteifunktionäre frei durch die Straßen der Stadt gehen.

Juli 1947 – In einem Monat 112.650 Kubikmeter Schutt bewegt

München * Das Münchner „Wiederaufbaureferat“ meldet einen Rekord: In diesem Monat werden 112.650 Kubikmeter Kriegsschutt bewegt, so viel wie noch nie.

31. Juli 1947 – 112.650 Kubikmeter beseitigter Schutt

 München • Im Juli 1947 erreicht die Schutträumung ihren vorläufigen Höhepunkt mit 112.650 Kubikmeter beseitigtem Bombenschutt.

Juni 1948 – Baufirmen beseitigen in München die Trümmer

München * Die Stadt München beauftragt Baufirmen mit dem Beseitigen der Trümmer. Bezahlte wird nach geräumter Schuttmenge und nicht nach Arbeitszeit.

29. Oktober 1949 – Das große „Rama Dama“



München * Auf Anregung der amerikanischen Besatzungsmacht findet der „Tag der freiwilligen Mitarbeit der Bürger“ für eine konzertierte Schutträumaktion statt. Unter Leitung des Münchner Oberbürgermeisters Thomas Wimmer sollen alle Schutthaufen, die bei den behördlich organisierten Räumungsaktionen bis dahin übersehen worden waren, entfernt werden. Rund 7.000 Münchner helfen mit. Die Freiwilligen räumen etwa 15.000 Kubikmeter Schutt weg. Das liegt jedoch hinter der Leistung, die täglich von den Profis beseitigt werden. Die Aktion geht als „Rama Dama“ (wir räumen auf) in die Geschichte ein.

22. September 1962 – Bürgermeister Albert Bayerle will die Wirtsbudenstraße auflösen

München-Theresienwiese • Bürgermeister Albert Bayerle will die Wirtsbudenstraße auflösen. Alle Festzelte sollen mit Notausgängen nach außen rings um den Festplatz verteilt und Karusells und Schaustellungen ins Innere des großen Runds gelegt werden. Das würde bei Notfällen eine reibungslose Räumung der Riesenhallen erlauben. Die Planungen scheitern an den Kosten und den Brauereien.
